

Pressemitteilung 05.02.2024

26 Mio. € mehr für die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe

Am 29.01.2024 verabschiedete der Jugendhilfeausschuss in Frankfurt einen „Appell zur Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“ in Frankfurt. Fachkräfte und Personen aus der Stadtpolitik fordern die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat auf, einen nachhaltigen Paradigmenwechsel in der Kinder- und Jugendhilfe einzuleiten und die Haushaltsmittel im Bereich der präventiven Kinder- und Jugendhilfe ab dem Jahr 2024 um zusätzliche 26 Millionen Euro dauerhaft zu erhöhen.

Die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten seit 2016 mit gleichbleibenden Zuschüssen, die nur manchmal durch Einmalzahlungen gering erhöht wurden. Aufgrund steigender Kosten durch Tarifsteigerungen und Inflation mussten die Angebote sukzessive heruntergefahren werden, der fachliche Standard kann schon lange nicht gehalten werden. Gleichzeitig steigt der Bedarf bei jungen Menschen an Unterstützungs- und Förderangeboten seit der Corona-Pandemie merklich. Dazu der Vorsitzende des Frankfurter Jugendrings, Julien Chamboncel: „Durch die multiplen Krisen, denen junge Menschen heute ausgesetzt sind, nehmen psychische Krankheiten zu und die schulischen Leistungen fallen ab. Junge Menschen fühlen sich von der Gesellschaft abgehängt. Wir beobachten eine abnehmende Motivation, eine gute berufliche Ausbildung anzustreben, die Affinität zu autoritären Einstellungen nimmt zu. Wenn wir hier nicht genügend mit unterstützenden Angeboten gegensteuern, sind wir auf lange Sicht als Gesellschaft nicht bestandsfähig. Erste Auswirkungen machen sich jetzt schon bemerkbar.“

2021 hatte sich die Koalition die Bildungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen für ALLE vorgenommen. Im Koalitionsvertrag 2021-26 steht: „Unser neues Frankfurt ist ein Frankfurt, das niemanden zurücklässt und verlässlich diejenigen unterstützt, die auf Unterstützung angewiesen sind. Das gilt für alle – für Kinder und Jugendliche, für Jung und Alt, für Menschen mit einer Erkrankung oder Behinderung–für alle Menschen in Frankfurt unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Status (...). Wir wollen Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit ermöglichen.“

In Anbetracht der großen Bedarfe appelliert der JHA nun an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, der Kinder- und Jugendhilfe – in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, den Jugendverbänden, der Jugendhilfe in der Schule, den Kinder- und Familienzentren, den Erziehungsberatungsstellen u.a. –, die dringend notwendige finanzielle Förderung zukommen zu lassen.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Rabab Flaga - Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Projektarbeit beim FJR: rabab.flaga@frankfurterjugendring.de